

*NSU, Halle, Hanau – Extrem rechter Terror ist in Deutschland traurige Realität.* Allein seit 1990 fielen ihm 187 Menschen zum Opfer, die Dunkelziffer liegt deutlich darüber. Dennoch ist weder in der Politik noch in der Justiz ein Willen erkennbar, zukünftige Verbrechen zu verhindern, geschweige denn, bisherige aufzuklären. Ebenso wenig in Polizei und Verfassungsschutz, die häufig selbst Teil des Problems sind. Während Angehörige und Betroffene im *NSU*-Komplex von Beginn an auf Rassismus als Tatmotiv hingewiesen haben und im Zuge dessen in Kassel und Dortmund Tausende Migrantisiertere unter dem Slogan "Kein 10. Opfer" demonstrierten, vermuteten die Behörden, dass die Täter nicht aus dem 'deutschen Kulturkreis' kommen könnten und ermittelten gegen die Angehörigen. Die Zeitungen betitelten die Mordserie mit dem allbekannten rassistischen Unwort, und auch die Politik und die Dominanzgesellschaft sahen das rassistische Tatmotiv nicht. Nach der Selbstenttarnung des *NSU* war der extrem rechte Hintergrund nicht mehr zu leugnen. Die Politik zeigte sich betroffen, versprach Aufklärung und Konsequenzen. Ebenso wie nach dem antisemitischen Terror in Halle oder den rassistischen Morden in Hanau. Geändert hat sich nichts! Bei der Aufarbeitung rechten Terrors ist auf den Staat und erst recht auf die Behörden kein Verlass! Trotz aller Lippenbekenntnisse halten Richter:innen in Prozessen konsequent an der "Einzeltäterthese" fest, rechte Netzwerke in Polizei und Militär werden nicht ernst genommen und die Akten zum *NSU* bleiben weiter unter Verschluss. Während *CDU/CSU* nicht einmal dann aktiv werden, wenn mit Walter Lübcke einer der ihren ermordet wird, ist die *AfD* der parlamentarische Arm der extremen Rechten. Auch die Linke hat bis zur Selbstenttarnung die Betroffenen des *NSU*-Terrors nicht gehört. Wir müssen aus unseren Fehlern lernen, Betroffenen von Rassismus zuhören und Seite an Seite mit ihnen stehen.

Erinnern heißt Verändern! **Wir müssen der Ermordeten Gedenken und alles daran setzen, weitere Morde zu verhindern!** Ein Kreuz bei dieser Wahl reicht nicht! Wir müssen uns den Rechten entgegenstellen – auf der Straße, im Betrieb, in der Schule, im Parlament! Wir müssen ihre Strukturen aufdecken und zerschlagen! Wir müssen uns die befreite Gesellschaft erkämpfen – gemeinsam und solidarisch!

VSdP: Vera Melaro, Kurt-Eisner-Straße 6, 81735 München

*NSU, Halle, Hanau – Extrem rechter Terror ist in Deutschland traurige Realität.* Allein seit 1990 fielen ihm 187 Menschen zum Opfer, die Dunkelziffer liegt deutlich darüber. Dennoch ist weder in der Politik noch in der Justiz ein Willen erkennbar, zukünftige Verbrechen zu verhindern, geschweige denn, bisherige aufzuklären. Ebenso wenig in Polizei und Verfassungsschutz, die häufig selbst Teil des Problems sind. Während Angehörige und Betroffene im *NSU*-Komplex von Beginn an auf Rassismus als Tatmotiv hingewiesen haben und im Zuge dessen in Kassel und Dortmund Tausende Migrantisiertere unter dem Slogan "Kein 10. Opfer" demonstrierten, vermuteten die Behörden, dass die Täter nicht aus dem 'deutschen Kulturkreis' kommen könnten und ermittelten gegen die Angehörigen. Die Zeitungen betitelten die Mordserie mit dem allbekannten rassistischen Unwort, und auch die Politik und die Dominanzgesellschaft sahen das rassistische Tatmotiv nicht. Nach der Selbstenttarnung des *NSU* war der extrem rechte Hintergrund nicht mehr zu leugnen. Die Politik zeigte sich betroffen, versprach Aufklärung und Konsequenzen. Ebenso wie nach dem antisemitischen Terror in Halle oder den rassistischen Morden in Hanau. Geändert hat sich nichts! Bei der Aufarbeitung rechten Terrors ist auf den Staat und erst recht auf die Behörden kein Verlass! Trotz aller Lippenbekenntnisse halten Richter:innen in Prozessen konsequent an der "Einzeltäterthese" fest, rechte Netzwerke in Polizei und Militär werden nicht ernst genommen und die Akten zum *NSU* bleiben weiter unter Verschluss. Während *CDU/CSU* nicht einmal dann aktiv werden, wenn mit Walter Lübcke einer der ihren ermordet wird, ist die *AfD* der parlamentarische Arm der extremen Rechten. Auch die Linke hat bis zur Selbstenttarnung die Betroffenen des *NSU*-Terrors nicht gehört. Wir müssen aus unseren Fehlern lernen, Betroffenen von Rassismus zuhören und Seite an Seite mit ihnen stehen.

Erinnern heißt Verändern! **Wir müssen der Ermordeten Gedenken und alles daran setzen, weitere Morde zu verhindern!** Ein Kreuz bei dieser Wahl reicht nicht! Wir müssen uns den Rechten entgegenstellen – auf der Straße, im Betrieb, in der Schule, im Parlament! Wir müssen ihre Strukturen aufdecken und zerschlagen! Wir müssen uns die befreite Gesellschaft erkämpfen – gemeinsam und solidarisch!

VSdP: Vera Melaro, Kurt-Eisner-Straße 6, 81735 München

*NSU, Halle, Hanau – Extrem rechter Terror ist in Deutschland traurige Realität.* Allein seit 1990 fielen ihm 187 Menschen zum Opfer, die Dunkelziffer liegt deutlich darüber. Dennoch ist weder in der Politik noch in der Justiz ein Willen erkennbar, zukünftige Verbrechen zu verhindern, geschweige denn, bisherige aufzuklären. Ebenso wenig in Polizei und Verfassungsschutz, die häufig selbst Teil des Problems sind. Während Angehörige und Betroffene im *NSU*-Komplex von Beginn an auf Rassismus als Tatmotiv hingewiesen haben und im Zuge dessen in Kassel und Dortmund Tausende Migrantisiertere unter dem Slogan "Kein 10. Opfer" demonstrierten, vermuteten die Behörden, dass die Täter nicht aus dem 'deutschen Kulturkreis' kommen könnten und ermittelten gegen die Angehörigen. Die Zeitungen betitelten die Mordserie mit dem allbekannten rassistischen Unwort, und auch die Politik und die Dominanzgesellschaft sahen das rassistische Tatmotiv nicht. Nach der Selbstenttarnung des *NSU* war der extrem rechte Hintergrund nicht mehr zu leugnen. Die Politik zeigte sich betroffen, versprach Aufklärung und Konsequenzen. Ebenso wie nach dem antisemitischen Terror in Halle oder den rassistischen Morden in Hanau. Geändert hat sich nichts! Bei der Aufarbeitung rechten Terrors ist auf den Staat und erst recht auf die Behörden kein Verlass! Trotz aller Lippenbekenntnisse halten Richter:innen in Prozessen konsequent an der "Einzeltäterthese" fest, rechte Netzwerke in Polizei und Militär werden nicht ernst genommen und die Akten zum *NSU* bleiben weiter unter Verschluss. Während *CDU/CSU* nicht einmal dann aktiv werden, wenn mit Walter Lübcke einer der ihren ermordet wird, ist die *AfD* der parlamentarische Arm der extremen Rechten. Auch die Linke hat bis zur Selbstenttarnung die Betroffenen des *NSU*-Terrors nicht gehört. Wir müssen aus unseren Fehlern lernen, Betroffenen von Rassismus zuhören und Seite an Seite mit ihnen stehen.

Erinnern heißt Verändern! **Wir müssen der Ermordeten Gedenken und alles daran setzen, weitere Morde zu verhindern!** Ein Kreuz bei dieser Wahl reicht nicht! Wir müssen uns den Rechten entgegenstellen – auf der Straße, im Betrieb, in der Schule, im Parlament! Wir müssen ihre Strukturen aufdecken und zerschlagen! Wir müssen uns die befreite Gesellschaft erkämpfen – gemeinsam und solidarisch!

VSdP: Vera Melaro, Kurt-Eisner-Straße 6, 81735 München

*NSU, Halle, Hanau – Extrem rechter Terror ist in Deutschland traurige Realität.* Allein seit 1990 fielen ihm 187 Menschen zum Opfer, die Dunkelziffer liegt deutlich darüber. Dennoch ist weder in der Politik noch in der Justiz ein Willen erkennbar, zukünftige Verbrechen zu verhindern, geschweige denn, bisherige aufzuklären. Ebenso wenig in Polizei und Verfassungsschutz, die häufig selbst Teil des Problems sind. Während Angehörige und Betroffene im *NSU*-Komplex von Beginn an auf Rassismus als Tatmotiv hingewiesen haben und im Zuge dessen in Kassel und Dortmund Tausende Migrantisiertere unter dem Slogan "Kein 10. Opfer" demonstrierten, vermuteten die Behörden, dass die Täter nicht aus dem 'deutschen Kulturkreis' kommen könnten und ermittelten gegen die Angehörigen. Die Zeitungen betitelten die Mordserie mit dem allbekannten rassistischen Unwort, und auch die Politik und die Dominanzgesellschaft sahen das rassistische Tatmotiv nicht. Nach der Selbstenttarnung des *NSU* war der extrem rechte Hintergrund nicht mehr zu leugnen. Die Politik zeigte sich betroffen, versprach Aufklärung und Konsequenzen. Ebenso wie nach dem antisemitischen Terror in Halle oder den rassistischen Morden in Hanau. Geändert hat sich nichts! Bei der Aufarbeitung rechten Terrors ist auf den Staat und erst recht auf die Behörden kein Verlass! Trotz aller Lippenbekenntnisse halten Richter:innen in Prozessen konsequent an der "Einzeltäterthese" fest, rechte Netzwerke in Polizei und Militär werden nicht ernst genommen und die Akten zum *NSU* bleiben weiter unter Verschluss. Während *CDU/CSU* nicht einmal dann aktiv werden, wenn mit Walter Lübcke einer der ihren ermordet wird, ist die *AfD* der parlamentarische Arm der extremen Rechten. Auch die Linke hat bis zur Selbstenttarnung die Betroffenen des *NSU*-Terrors nicht gehört. Wir müssen aus unseren Fehlern lernen, Betroffenen von Rassismus zuhören und Seite an Seite mit ihnen stehen.

Erinnern heißt Verändern! **Wir müssen der Ermordeten Gedenken und alles daran setzen, weitere Morde zu verhindern!** Ein Kreuz bei dieser Wahl reicht nicht! Wir müssen uns den Rechten entgegenstellen – auf der Straße, im Betrieb, in der Schule, im Parlament! Wir müssen ihre Strukturen aufdecken und zerschlagen! Wir müssen uns die befreite Gesellschaft erkämpfen – gemeinsam und solidarisch!

VSdP: Vera Melaro, Kurt-Eisner-Straße 6, 81735 München